

Ein Zeichen gegen den zunehmenden Judenhass

Gut besuchte Kundgebung auf dem Münsterhof – Friedensbewegte demonstrieren am Bürkliplatz für ein Ende der Kämpfe in Nahost

STEFAN HOTZ

Es kommt nicht oft vor, dass eine Handvoll Privatpersonen ohne Organisation im Rücken eine grosse Kundgebung auf die Beine stellt. Doch der aufkommende Antisemitismus, der seit dem Terrorüberfall auf israelische Zivilisten am 7. Oktober an die Oberfläche tritt, setzt auch Gegenkräfte frei.

Vier Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft hatten zur Zusammenkunft auf dem Zürcher Münsterplatz aufgerufen. Es hätte ursprünglich eine stille Kundgebung sein sollen, unter dem Aufruf «Never again is now»: Nie wieder gilt jetzt. Er bezieht sich auf die seit dem Zweiten Weltkrieg gebetsmühlenartig wiederholte Versicherung, dass sich so etwas wie der Holocaust nie mehr wiederholen dürfe.

Die Ereignisse seit dem brutalen Terrorüberfall der Hamas auf Zivilisten in Israel vor bald einem Monat haben diese lange gehegte Gewissheit erschüttert. Die jüdischen Organisationen in der Schweiz registrieren eine spürbare Zunahme von Übergriffen auf jüdische Mitmenschen und antisemitischen Hassparolen.

Ablehnung statt Empathie

In der Folge setzte eine Welle der Solidarität eine Eigendynamik in Gang, die den Anlass auf dem Münsterplatz viel grösser werden liess als vorgesehen. In einer Mitteilung schreiben die drei Organisatorinnen und der Organisator der Kundgebung, statt Unterstützung und Empathie zu erfahren, erlebten viele Juden in Europa und auch in der Schweiz Ablehnung und würden bedroht. Das Erschrecken über das jüdische Leid sei rasch abgeebbt, weil Israel sich verteidige. Das ruchlose Morden der Hamas und das Opfern der eigenen Zivilbevölkerung seien «kein politischer Kampf, sondern pure Menschenverachtung, Judenhass und bestialischer Vernichtungswille».

Um 18 Uhr hatten sich etwa tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Münsterplatz versammelt. Viele trugen gelbe Schirme mit dem Schriftzug «Never again is now». Eine Reihe von Politikern gab ein kurzes Statement ab. Gemeinsam war allen, dass es für Antisemitismus in der Schweiz keinen Platz gebe und es jetzt gelte, dagegen zusammenzustehen. Der Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger (FDP) sagte, es dürfe nicht sein, dass sich Juden in der Schweiz nicht mehr wohl fühlten. Für Gerhard Pfister, Präsident von Die



Gelbe Schirme als Signal gegen Antisemitismus: die Kundgebung auf dem Zürcher Münsterhof.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE



Ronny Siev
GLP-Gemeinderat

Mitte Schweiz, ist die jüdische Gemeinschaft fester Teil unserer Gesellschaft.

«Wenn Terroristen der Hamas in Israel unschuldige Menschen ermorden und hier verirrt Seelen das zum Anlass für Antisemitismus nehmen, dann ist das krank, und wir müssen etwas dagegen tun», stellte SP-Ständerat Daniel Jositsch fest. Eher im Politiker-Modus war SVP-Nationalrat Alfred Heer, der forderte, im Aussendepartement von Bundesrat Ignazio Cassis müsse aufgeräumt werden. Laut GLP-Kantonsrätin Chantal Galladé lässt sich Antisemitismus nie relativieren.

Ein Vertreter der israelischen Botschaft erklärte, er habe daran geglaubt, dass die Juden mit Israel eine sichere

Heimat hätten. Leider habe er sich getäuscht. Er habe den Traum, dass jüdische Männer und Knaben ohne Angst mit der Kippa durch das Niederdorf gehen könnten, sagte der Grossmünsterpfarrer Christoph Siegrist. Ein weiterer Pfarrer erinnerte daran, dass die christlichen Kirchen einst zum Antisemitismus beitrugen.

Zur gleichen Zeit wie die Demonstration auf dem Münsterhof fand auf dem nahen Bürkliplatz eine ebenfalls bewilligte Kundgebung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) statt, und zwar für einen «gerechten Frieden in Israel und Palästina». Beteiligt waren mehrere weitere, kleine Friedensorganisationen, zum Teil haben sie einen jüdischen Hintergrund. Die Kundgebung hätte ursprünglich bereits am 19. Oktober stattfinden sollen, fiel aber dem damaligen Demonstrationsverbot des Stadtrates zum Opfer.

Mehrere hundert Teilnehmer waren dem Aufruf gefolgt, ebenso der expliziten Aufforderung, nur Friedensflaggen mitzubringen. Statt Schirme trugen hier viele eine Kerze mit sich. An diesem An-

lass lag der Fokus auf dem Krieg zwischen der Hamas und Israel, ohne dass man dabei für eine Seite Partei ergriffen hätte, auch ohne die geringste Spur von Verständnis für die Hamas. So wird in einer ausführlichen Mitteilung die wahllose Ermordung von Zivilisten in Israel durch die Hamas am 7. Oktober ohne Wenn und Aber als Kriegsverbrechen bezeichnet, das in jedem Fall zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen sei.

Gleichzeitig wird Israel eine Mitverantwortung an der seit Jahren eskalierenden Gewalt im Nahen Osten zugewiesen. Die Abriegelung von Gaza und die massiven militärischen Schläge, die zu einer humanitären Katastrophe führten, werden verurteilt. Den Preis für die Kriegsverbrechen der Hamas und den Vergeltungsschlag zahle die Zivilbevölkerung.

Juden müssen sich verleugnen

Das Klima ist vergiftet, der Hass greift um sich. Bereits am Mittwochabend erläuterte der grünliberale Gemeinderat Ronny Siev im Zürcher Stadtparlament, wie ungemütlich die Situation für

die jüdische Bevölkerung in Zürich derzeit sei. Es bestehe in der Community eine grosse Angst, in der Öffentlichkeit Hebräisch zu reden oder mit der Kippa durch die Strassen zu gehen.

Siev erwähnte verschiedene Vorfälle aus den letzten Tagen, von denen er erfahren hat und die über antisemitische Hetzparolen hinausgehen, wie sie etwa am letzten Wochenende an einer Demonstration zu hören und zu lesen waren. Aber schon verbale Aggression greift in das Leben ein: Er erwähnte eine Bekannte, die ihre Stelle gekündigt habe, als sie realisiert habe, dass am Arbeitsplatz mehrere Kolleginnen und Kollegen das Massaker der Hamas in Israel befragten. Der GLP-Politiker hat aus seinem Umfeld ebenso Kenntnis davon, wie ein Mann im Alter zwischen 25 und 30 Jahren eine Gruppe Jugendliche drohend angeschrien habe, ob sie für Israel oder für Palästina seien. In der konkreten Situation sei klar gewesen, dass alles andere als die Parteinahme für Palästina Konsequenzen hätte haben können.

Für Teenager und für junge Erwachsene sei das Aufkommen von Antisemitismus noch schlimmer, ergänzte Ronny Siev auf Nachfrage. Einige kämen in eine Lage, in der sie verleugnen müssten, dass sie Juden seien. «Auf diese Art beginnt die Ausradierung der jüdischen Identität», stellt er fest. Es gebe sogar Menschen, die das Gefühl hätten, sie müssten vielleicht bald auswandern. Mit seiner Erklärung im Parlament will Siev ein Bewusstsein dafür schaffen, wie sich viele in der jüdischen Gemeinschaft derzeit fühlen.

Hakenkreuze an der Goldküste

Auch eine gepflegte Gemeinde wie Küsnacht ist betroffen. Vielleicht ist es ja nur ein völlig fehlgeleiteter Halloween-Streich. Aber in der Nacht auf Mittwoch wurden auf einen Fussweg Hakenkreuze und judenfeindliche Graffiti gesprayt. Ein Tweet einer Zürcher Nutzerin des Kurznachrichtendienstes X dazu war nach kurzer Zeit wegen laufender Ermittlungen wieder gelöscht worden.

Tatsächlich hat nach Kenntnisnahme dieser Vorfälle die Gemeinde umgehend reagiert und die Polizei eingeschaltet. Inzwischen sind alle Sprayereien entfernt worden. «Küsnacht verurteilt antisemitische Handlungen und somit auch die in der Halloween-Nacht gesprayten Hakenkreuze und weiteren Schmierereien aufs Schärfste», teilt der Gemeindepräsident Markus Ernst (FDP) auf Anfrage mit.

Beim öffentlichen Verkehr liegt Zürich vorne

Die sechs grössten Deutschschweizer Städte haben das Mobilitätsverhalten ihrer Bevölkerung verglichen

JAN HUDEC

Wenn die Bevölkerung so viel Velo fahren würde, wie die Stadtpolitik übers Zweirad spricht, dann würden Zürichs Strassen jeden Tag so aussehen wie während der Velo-Demo Critical Mass. Das tun sie aber nicht. Denn das Velo ist nach wie vor weit davon entfernt, das Hauptverkehrsmittel in Zürich zu sein. Und Zürich liegt bei der Bedeutung des Veloverkehrs auch im Vergleich mit anderen Schweizer Städten nicht auf dem Spitzenplatz. Wenn schon, dann ist Zürich eine Stadt der ÖV-Fahrer und Fussgänger.

Dass dem so ist, zeigt der jüngste Städtevergleich zum Thema Mobilität. Seit 2012 geben die sechs grössten Deutschschweizer Städte, Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, alle fünf Jahre einen solchen Bericht heraus, wobei sich die Publikation diesmal wegen der Pandemie um ein Jahr verschoben hat. Seit Donnerstag ist der neuste Bericht nun öffentlich. Die Zahlen darin beziehen sich auf das Jahr 2021 und sind demgemäss noch stark von der Pandemie geprägt. Die

Bevölkerung legte weniger Wege zurück und war weniger lang und weniger weit unterwegs. Der öffentliche Verkehr war von diesem Rückgang in allen sechs Städten am stärksten betroffen. Mittlerweile haben sich die Zahlen beim ÖV aber wieder erholt.

Basel führt Velo-Rangliste an

Im Vergleich mit den anderen fünf Städten liegt Zürich beim öffentlichen Verkehr vorne. Betrachtet man den sogenannten Modalsplit – der Anteil der Verkehrsmittel an den durch die Stadtbevölkerung zurückgelegten Wegen –, machte der ÖV 2021 25 Prozent aus. Bei den früheren Erhebungen waren es sogar über 30 Prozent gewesen. Nur gerade in Bern erreichte der ÖV 2021 noch 20 Prozent, in den anderen Städten lag er deutlich darunter.

Dieser geringere ÖV-Anteil wird in einigen Städten eher durchs Auto kompensiert, in anderen durch Velo- und Fussverkehr. Vor allem St. Gallen tut sich als Autostadt hervor mit einem Anteil von 38 Prozent – in Zürich sind es, zum Vergleich, nur 25 Prozent. In ande-

ren Städten war der Autoanteil noch tiefer, namentlich in Basel und Bern.

Dort betrug dafür der Veloanteil 21 beziehungsweise 19 Prozent – gegenüber nur 11 Prozent in Zürich. Beim Velofahren werden die Zürcher auch kantonsintern von den Winterthurnern abgehängt (16 Prozent). Nur in Luzern und St. Gallen wird das Zweirad noch seltener genutzt. Derweil ist der Fuss-

verkehr in allen Städten wichtig, der Anteil erreicht überall weit über 30 Prozent, der Spitzenreiter Luzern kommt gar auf 44 Prozent.

Autos auf dem Rückzug

Der Bericht zeigt zudem auch auf, wie das Auto vermehrt aus den grossen Städten verschwindet. Vor allem in

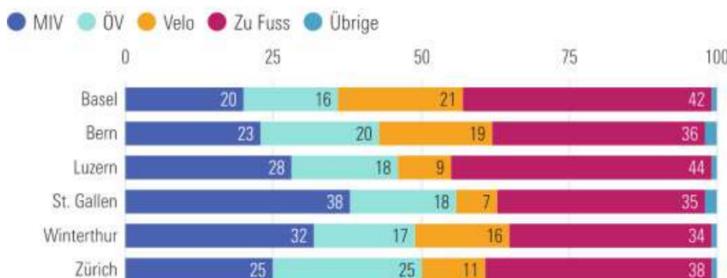
Zürich, Bern und Basel hat die Zahl der Automobile pro Kopf seit 2010 stetig abgenommen. Heute besitzt in diesen Städten nur noch rund jede dritte Person ein Auto. In St. Gallen hat dagegen noch knapp die Hälfte der Leute ein eigenes Auto. In der Ostschweizer Stadt hat denn auch der Motorisierungsgrad nicht abgenommen, es gab seit 2010 sogar eine leichte Zunahme.

Mittlerweile sind auch grosse Teile der städtischen Strassennetze verkehrsberuhigt. In Luzern, St. Gallen und Winterthur wurden auf rund der Hälfte der Strassen Tempo-30-, Begegnungs- oder Fussgängerzonen eingerichtet. In Basel, Bern und Zürich sind es gar über 60 Prozent.

Der Trend weg vom Auto könnte sich in den nächsten Jahren noch verstärken, zumal gerade Städte wie Zürich vor allem auf andere Verkehrsmittel setzen oder autoarmes Wohnen fördern. Ob sich Zürich damit wirklich in eine Velostadt verwandeln wird, so wie es Parlament und Exekutive gerne hätten, wird sich zeigen. Noch scheint der Weg weit zu sein, bis man nur schon zu Bern oder Basel aufschliessen kann.

Beim Veloverkehr gehört Zürich nicht zur Spitze

Anteil der Verkehrsmittel (in Prozent) an den durch die Stadtbevölkerung zurückgelegten Wegen, Zahlen von 2021



QUELLE: BFS, ARE - MIKROZENSUS MOBILITÄT UND VERKEHR

NZZ / jhu